



Katholische Kirche am Scheideweg

☒ [Die FAZ „berichtet“ wieder einmal](#) über die AfD. Dabei wird der Anschein erweckt, die AfD habe mit Christentum nicht viel am Hut, benutze es lediglich als Aushängeschild. Persönlich befragt dazu hat man einzig Alexander Gauland. Jetzt weiß man auch, wozu das besagte „Hintergrundgespräch“ diene, bei dem [leider das Tonband ausfiel](#). In dem Artikel wird erklärt, dass Christen in Deutschland bald in der Minderheit seien und ohnehin nur noch zehn Prozent der Katholiken zur Kirche gingen. Der Artikel widmet sich dann nicht etwa der Ursachenforschung für den Untergang der katholischen Kirche, sondern den Protagonisten und Wählern der AfD. Diese Partei würde sich hauptsächlich aus dem Lager der Religionslosen speisen, heißt es. So schlecht steht es also schon um die Kirche, dass christliche Kultur von Atheisten verteidigt werden muss?

(Von einer Katholikin)

Es ist wahr: das Christliche ist nur ein minimaler Aspekt unter vielen im Programm der AfD. Doch wie Papst Benedikt [in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag](#) feststellte, kann Religion nicht alles sein. So

„entstand die Kultur Europas aus der Begegnung von Jerusalem, Athen und Rom – aus der Begegnung zwischen dem Gottesglauben Israels, der philosophischen Vernunft der Griechen und dem

Rechtsdenken Roms. Diese dreifache Begegnung bildet die innere Identität Europas. Sie hat im Bewußtsein der Verantwortung des Menschen vor Gott und in der Anerkennung der unantastbaren Würde des Menschen, eines jeden Menschen Maßstäbe des Rechts gesetzt, die zu verteidigen uns in unserer historischen Stunde aufgegeben ist.“

Ein Teil unseres Rechts und unserer Würde wurde uns bereits genommen. Welcher Teil das ist, haben wir 1990 gar nicht richtig mitbekommen. Präambelvergleich GG:

1990:

Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben. Die Deutschen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk.

1949:

*Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, **seine nationale und staatliche Einheit zu wahren** und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das Deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden*

*Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. **Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.***

Ganz davon abgesehen, dass es unter der Würde eines jeden Volkes ist, noch nicht einmal eine einzige Silbe seiner eigenen Verfassung absegnen zu dürfen, fehlt in der neueren Fassung der Satz, dass das gesamte Deutsche Volk auch weiterhin aufgefordert bleibt, in freier Selbstbestimmung die nationale und staatliche Einheit zu wahren.

So muss man sich denn auch nicht wundern, dass die amtierende Bundeskanzlerin bei einem ihrer exklusiven TV-Interviews die Grenzen Deutschlands für nicht mehr existent erklärte, indem sie behauptete:

Und jetzt will ich vielleicht noch mal deutlich machen, es liegt ja nicht in meiner Macht, es liegt überhaupt in der Macht keines Menschen aus Deutschland, wie viele zu uns kommen.

Damit hat sie den Deutschen das Selbstbestimmungsrecht und die Würde geraubt.

Angeblich tat sie dies, um die Menschenwürde von Menschen zu bewahren, die sich in Ungarn – also einem gleichberechtigten Glied des vereinten Europas – befanden und sich dort angeblich nicht menschenwürdig aufhalten konnten. Damit hat sie dann mal ganz nebenbei auch noch das ungarische Volk schlecht gemacht.

Es gibt nämlich in ganz Europa weit und breit kein besseres, gutmenschlicheres und reicheres Land als Deutschland, wollte sie den anderen Europäern damit sagen. Länder wie Griechenland und Ungarn beleidigen die Würde eines jeden Fremden, der unseren Kontinent betritt.

Wie ernst es diese Kanzlerin mit den unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gesellschaft meint, kann man an ihrem Spruch „Es ist offenkundig, dass der Islam inzwischen unzweifelhaft zu Deutschland gehört“ ablesen. Unzweifelhaft gehört damit zu Deutschland, dass wir die Geschlechterapartheid, die religiöse Diskriminierung, das Verbot der religiösen Mischehe und den Ehrenmord begrüßen. Alles mohammedbasierte Menschenrechte der islamischen Scharia, in der im Übrigen nur als vollwertiger Mensch gilt, wer männlicher Moslem ist. Es sei denn, er ist homosexuell.

In Merkels Vorstellungswelt kommen die durch ihre aufreizenden Selfies angelockten Ausländer jedoch als unbeschriebenes Blatt bei uns an, denen man dann einfach das Grundgesetz auf Arabisch, Persisch oder einer x-beliebigen anderen Sprache in die Hand drücken kann. Falls sie andere Zettel bei sich führen, auf denen zum Beispiel „Ich will fucken – große Brüste“ steht, müssen wir Deutschen halt noch mehr Geld für Integrationsangebote bereitstellen. Zum Beispiel für interkulturelle Flirtkurse und/oder Puff-Gutscheine.

So einfach ist die Welt von Frau Merkel.

Papst Benedikt faltete 2011 extra seine Hände ein paar Mal zur Raute, um Merkels Aufmerksamkeit zu erhöhen, als er im Bundestag von der Bedeutung der Rechtsstaatlichkeit sprach. „Nimm das Recht weg – was ist dann ein Staat noch anderes als eine große Räuberbande?“ fragte Benedikt provokant im Jahr nach dem Bruch des Vertrags von Maastricht mit den Worten des Bischofs Augustinus von Hippo, der wohl der prägendste Kirchenvater der Westkirche ist.

Nicht ohne Grund kritisierte der Papst auch den reinen Rechtspositivismus. Wie wir alle wissen, kann jeder Unrechtsstaat Recht setzen und so tun, als sei alles rechtens, was verbrochen wird.

Der deutsche Rechtsphilosoph Gustav Radbruch [arbeitete 1946 eine Formel aus](#), die einem jeden Richter dabei behilflich sein kann, zwischen Recht und Unrecht zu unterscheiden. Radbruchs auch von höchsten deutschen Gerichten genutzte Formel geht auf den von Papst Benedikt in seiner Bundestagsrede zitierten Theologen Origines (184-254 n. Chr.) zurück. Und so lautet sie:

*„Der Konflikt zwischen der Gerechtigkeit und der Rechtssicherheit dürfte dahin zu lösen sein, daß das positive, durch Satzung und Macht gesicherte Recht auch dann den Vorrang hat, wenn es inhaltlich ungerecht und unzweckmäßig ist, es sei denn, daß der Widerspruch des positiven Gesetzes zur Gerechtigkeit ein so unerträgliches Maß erreicht, daß das Gesetz als ‚unrichtiges Recht‘ der Gerechtigkeit zu weichen hat. Es ist unmöglich, eine schärfere Linie zu ziehen zwischen den Fällen des gesetzlichen Unrechts und den trotz unrichtigen Inhalts dennoch geltenden Gesetzen; eine andere Grenzziehung aber kann mit aller Schärfe vorgenommen werden: **wo Gerechtigkeit nicht einmal erstrebt wird, wo die Gleichheit, die den Kern der Gerechtigkeit ausmacht, bei der Setzung positiven Rechts bewußt verleugnet wurde, da ist das Gesetz nicht etwa nur ‚unrichtiges‘ Recht, vielmehr entbehrt es überhaupt der Rechtsnatur.** Denn man kann Recht, auch positives Recht, gar nicht anders definieren als eine Ordnung und Satzung, die ihrem Sinne nach bestimmt ist, der Gerechtigkeit zu dienen.“*

Welcher Gerechtigkeit dient der von Mohammed erfundene islamische Rechtskodex? Der Islam dient einzig und alleine dem heterosexuellen islamischen Mann. Er dient nicht der Gerechtigkeit zwischen Mann und Frau, zwischen Moslems und „Ungläubigen“, zwischen Homo- und Heterosexuellen. Dennoch wurde der menschenrechtswidrige Islam zum Bestandteil von Deutschland deklariert. In einigen Bundesländern existieren gar Staatsverträge mit islamischen Körperschaften öffentlichen Rechts.

Schon alleine aus diesem Grund ist es erste Bürgerpflicht, AfD zu wählen. Keine andere Partei beschäftigt sich auch nur ansatzweise mit dem Islamproblem. Man spricht von Religionsfreiheit und verweist auf Artikel 4 GG. Als ob sich die deutsche Verfassung dazu missbrauchen ließe, eine vor 1400 Jahren entstandene und in verschiedenen Rechtsschulen bis ins kleinste Detail ausdifferenzierte, religiös basierte Rechtsordnung nachträglich zu heilen!

Was als eine die Menschen nach Geschlecht, Glauben und Sexualität diskriminierende Ordnung angelegt ist, lässt sich dort, wo die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 Bestandteil der Verfassung ist, nicht integrieren. Von daher können deutsche Bundesländer noch so viele Staatsverträge mit islamischen Vereinen schließen – sie sind allesamt juristisch gesehen genauso substanzlos wie Schießbefehle von Diktatoren.

In Deutschland hat ein Buch, in dem [Juden als Affen und Schweine bezeichnet](#) werden, schon mal per se nichts zu suchen. Der Koran dürfte hier rechtlich gesehen eigentlich nur in kommentierter und genehmigter Fassung über die Ladentheke gehen. Doch welcher Moslems erklärt sich bereit, die Stellen im Koran zu markieren und kommentieren, die nicht mit europäischen Rechtsauffassungen vereinbar sind? In dem Moment, in dem ein Moslem zu den von Allah persönlich offenbarten Befehlen kritisch Stellung nimmt, ist er vom islamischen Glauben bereits abgefallen. Daher wurde nie und wird nie eine entschärfte Koran Ausgabe von einem Moslem herausgegeben werden. Man kann den Koran nicht revidieren. Das weiß auch Mouhanad Khorchide, der dann und wann Rosinen herauspickt und sie unter dem Siegel der Barmherzigkeit verkauft. Eine religiöse Lehre, deren Hauptschrift nur mit der Mogeltaktik der Hinweglassung gesellschaftsfähig wird, beleidigt jedoch die Intelligenz eines jeden Europäers. Wir können lesen.

„Dem Recht zu dienen und der Herrschaft des Unrechts zu wehren ist und bleibt die grundlegende Aufgabe des Politikers“, sagte Papst Benedikt im Bundestag. Auf den Zuschauerrängen sah man

derweil [einen deutschen Bischof schläfrig](#) zusammensacken. Haben wenigstens unsere Politiker das Folgende verinnerlicht? Leider nein. Benedikt sagte:

„In der Geschichte sind Rechtsordnungen fast durchgehend religiös begründet worden: Vom Blick auf die Gottheit her wird entschieden, was unter Menschen rechtens ist. Im Gegensatz zu anderen großen Religionen hat das Christentum dem Staat und der Gesellschaft nie ein Offenbarungsrecht, eine Rechtsordnung aus Offenbarung vorgegeben. Es hat stattdessen auf Natur und Vernunft als die wahren Rechtsquellen verwiesen – auf den Zusammenklang von objektiver und subjektiver Vernunft, der freilich das Gegründetsein beider Sphären in der schöpferischen Vernunft Gottes voraussetzt. Die christlichen Theologen haben sich damit einer philosophischen und juristischen Bewegung angeschlossen, die sich seit dem 2. Jahrhundert v. Chr. gebildet hatte. In der ersten Hälfte des 2. vorchristlichen Jahrhunderts kam es zu einer Begegnung zwischen dem von stoischen Philosophen entwickelten sozialen Naturrecht und verantwortlichen Lehrern des römischen Rechts. In dieser Berührung ist die abendländische Rechtskultur geboren worden, die für die Rechtskultur der Menschheit von entscheidender Bedeutung war und ist. Von dieser vorchristlichen Verbindung von Recht und Philosophie geht der Weg über das christliche Mittelalter in die Rechtsentfaltung der Aufklärungszeit bis hin zur Erklärung der Menschenrechte und bis zu unserem deutschen Grundgesetz, mit dem sich unser Volk 1949 zu den „unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“ bekannt hat. Für die Entwicklung des Rechts und für die Entwicklung der Humanität war es entscheidend, daß sich die christlichen Theologen gegen das vom Götterglauben geforderte religiöse Recht auf die Seite der Philosophie gestellt, Vernunft und Natur in ihrem Zueinander als die für alle gültige Rechtsquelle anerkannt haben.“

Merkel hat von Papst Benedikts Rede nur ein einziges Wort abgespeichert: „Humanität“. Damit lässt sich alles alternativlos begründen, was sie an Rechtsbrüchen begeht. Rechtssicherheit – die zweite wichtige Säule des abendländischen Rechtsverständnisses, geht ihr vollkommen abhanden. Man kann sich auf keinen Vertrag und kein Gesetz mehr berufen, wenn es Merkel einfällt, ihre „Humanität“ zu entfalten.

Es ist daher folgerichtig, dass sich 20.000 Menschen zusammenschlossen, um dem [despotischen Treiben Einhalt zu gebieten](#):

Wir kamen zusammen in der festen Überzeugung, dass die Bürger ein Recht auf eine echte politische Alternative haben, eine Alternative zu dem, was die politische Klasse glaubt, uns als „alternativlos“ zumuten zu können. Dem Bruch von Recht und Gesetz, der Zerstörung des Rechtsstaats und verantwortungslosem politischen Handeln gegen die Prinzipien wirtschaftlicher Vernunft konnten und wollten wir nicht länger tatenlos zusehen.

Vielen Dank an die AfD! Ihr habt die Prioritäten genau richtig gesetzt.

Mit eurem Programm habt ihr in bester christlicher Tradition die Sphären der Rechtsetzung und der Religion getrennt.

Ihr lauft nicht mit einem *C* im Namen durch die Gegend, um jedem großspurig erzählen zu können, dass man sich über allerlei beschlossene Gesetze hinwegsetzen kann, solange man von einer quasi unfehlbaren Humanität geleitet sei.

Ihr habt kapiert, dass Gott am 7. Tag ruhte, damit der Mensch sich frei entfalten kann. Ihr habt euch daher nicht von Propheten und Predigern aufschwätzen lassen, wie die Zukunft Deutschlands auszusehen hat.

Was fällt dieser unseligen Kirchenpartei CDU eigentlich ein, dass sie mit fortgesetzten Rechtsbrüchen unsere Freiheit, unsere Kultur, unsere Sicherheit, unser Eigentum und damit die Zukunft unserer Kinder gefährdet und uns all dies noch unter einem christlich-humanistischen Vorzeichen andrehen will?

Und was fällt der verblödeten FAZ eigentlich ein, krampfhaft bei der AfD nach Hinweisen auf vorhandene oder fehlende christliche Backgrounds und Motivationen zu suchen? Die braucht man nicht, um Politik in bester christlich-abendländischer Tradition zu betreiben!

Menschen haben es nicht nötig, weltliche Gesetze aus religiösen Schriften abzuleiten – weil Gott sie mit Verstand und Gewissen ausstattete. Als Adam und Eva das Paradies verlassen mussten, waren sie ausgestattet mit der Erkenntnis von Gut und Böse. Als Kain seinen Bruder Abel erschlug, war es noch nicht verboten, seinen Bruder zu erschlagen. Trotzdem wußte Kain, dass es falsch war, denn Gott hatte ihm ein Gewissen gegeben. Und warum wohl gibt es kaum Diskussion über Gebote wie „Du sollst nicht morden. Du sollst nicht die Ehe brechen. Du sollst nicht stehlen. Du sollst nicht falsch gegen deinen Nächsten aussagen. Du sollst nicht nach dem Haus deines Nächsten verlangen? Vielleicht, weil diese Dinge die von Gott geschaffene Natur des Menschen sind? Man muss nicht Christ sein, um zu wissen, dass man diese Dinge nicht tut.

Jeder Atheist in der AfD ist auch Christ genug, um zu wissen, wem wir die Glaubensfreiheit zu verdanken haben. Die Glaubensfreiheit ist der einzige Artikel unserer Verfassung, der direkt und ohne Umwege aus dem Christentum kommt. Dazu muss man noch nicht einmal daran glauben, dass Jesus Gottes Sohn ist. Jesus ist historisch belegt und es ist Jesus, der darauf bestand, dass jede Generation eine eigene Glaubensentscheidung treffen muss und der Glaube letztendlich eine vollkommen individuelle Entscheidung sei. Aufgrund der von Jesus eingesetzten Glaubensfreiheit steht in unserem Grundgesetz: „Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die

Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.“ Der Rest von Artikel 4 ist menschengemachtes, weltliches Recht: „Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.“ In welchem Maße unser Volk Religionsausübungen fördern, erlauben, dulden oder verbieten will, ist eine Frage, die wir in Ausübung des [Artikels 146 Grundgesetz](#) möglichst bald klären sollten. In diesem Zusammenhang wird darüber zu befinden sein, was ein persönliches Glaubensbekenntnis von einer religiös verbrämten und gewaltorientierten Politbewegung unterscheidet.

Als einen Bruderglauben des Christentums wollen uns Kirchen und Parteien den Islam / die Islame verkaufen. Ein Glaube aber, bei dem man Polizeischutz benötigt, wenn man ihn kritisieren, karikieren oder verlassen will, ist weder Religion noch Recht, sondern das Werk eines Kriminellen, der die Würde des Menschen mit den Füßen tritt. Die Religion der Todes-Fatwas kann daher niemals Teil einer freien Gesellschaft sein. Besteht auch nur die geringste Gefahr, dass Europas Christen sich zur heiligen Messe wieder in die Katakomben zurückziehen müssen, hat der Islam hier zu verschwinden. Jeder Europäer weiß es zu schätzen, dass man sich auf unserem Kontinent nicht in Untergrundkirchen und heimlichen Hauskreisen treffen muss. Damit das so bleibt, gibt es auf deutschen Wahlzetteln keine Alternative zur AfD.

Kommen wir auf die Kirchen zu sprechen.

Dass Kardinäle und Bischöfe die AfD boykottieren, ist völlig uninteressant. Es ist noch gar nicht so lange her, [da wurde zum Boykott der Grünen](#) aufgerufen. Heute sind die Grünen gern gesehene Gäste auf jedem katholischen Podium. Die Grünen erhielten sogar [päpstliche Absolution im Bundestag](#). So kann aus Feindschaft Liebe werden. Denn schließlich soll man seine Feinde lieben, gell?

Die Kirche mag es halt nur nicht, wenn man ihre Pfründe beschneidet. Genaugenommen muss man hier aber von der

deutschen Amtskirche sprechen. Denn freilich gibt es woanders in der weltumspannenden katholischen Kirche lauter arme Priester, [die am Altartuch nagen](#), weil ihr Staat keine Kirchensteuer für sie kassiert und ihnen auch sonst [keine Aufträge zuschustert](#).

Unser Staat ist natürlich viel besser. Er sorgt für die Kirchen. Und es ist so demokratisch hier. „Ich möchte keine demokratiefreien Räume in unserer Gesellschaft“, erklärte Claudia Benedikta Roth, als sie die katholische Kirche zur Weißglut brachte. Heute würde kein Grüner mehr die Demokratiefähigkeit der katholischen Kirche bezweifeln. Die Kirche gilt als Flaggschiff der Demokratie, seitdem sie voll und ganz in das Flüchtlingsgeschäft eingestiegen ist. Politik und Religion, Staat und Kirche, Parteien und Pfaffen loben und preisen sich gegenseitig mit ihrer Dauerparole „Wir schaffen das!“

Je stärker man auf das Religiöse setzt und weltliche Politik mit Glaubenseifer durchsetzt, umso demokratischer ist man heutzutage! Das kann man wunderbar auch an den Moslems sehen. 90 Prozent der „hochreligiösen sunnitischen Muslime“ finden, dass Demokratie eine gute Regierungsform sei, schreibt die FAZ. Das ist beruhigend, hatte sie doch neulich genau zu dieser Bertelsmann-Studie [noch ein paar kritische Fragen](#).

Wie ist es eigentlich um die christlichen „Hochreligiösen“ bestellt? Gibt es sie überhaupt? Mehr als zehn Prozent der Katholiken können es ja kaum sein.

Ein Blick in die Kirchen zeigt, dass dort vor allem ältere Damen in den Kirchenbänken sitzen, während man bei den Moslems nur Männer beten sieht. Deutsche Männer schicken ihre Frauen zum Beten und lassen sich höchstens zu Familienfesten und zum Schützenfest in der Kirche sehen.

So sind es dann auch nur vereinzelte Frauen, die vor der Tür zum Beichtstuhl stehen. Denn immerhin bietet die katholische

Kirche in Deutschland in streng limitiertem Umfang auch noch das Beichtsakrament an. Für eine mittelgroße Innenstadt mit schätzungsweise 2000 sonntäglichen Kirchenbesuchern gibt es im Schnitt zwei Kirchen, die jeweils 60 Minuten pro Woche für das heilige Bußsakrament geöffnet sind. Jeder Pole wäre tief geschockt, wie man ohne vorherige Beichte zur heiligen Kommunion gehen kann, aber in Deutschland ist es völlig normal, im Stand der Sünde den Leib Christi zu empfangen. Wer „hochreligiös“ katholisch ist, muss halt gucken, wie er das geregelt kriegt.

Dazu sollte man auch ein paar Hardcore-Rosenkranzbeter kennen. Sie können nicht nur geweihte Marienmedaillen beschaffen, sondern auch exorziertes Weihwasser und Salz. Sie kennen jemand, der jemanden kennt, der wiederum einen 100 km weit entfernten Priester kennt, der sich noch mit den Sakramentalien des katholischen Gnadenschatzes auskennt. Im Priesterseminar wird solches nicht mehr gelehrt, wird einem dann von dem steinalten Priester versichert.

Auch das Wissen um Ablässe, die die Weltkirche den Gläubigen nach wie vor gewährt, gilt in Deutschland schon fast als Geheimwissen und ist [nur noch auf Schweizer Internetseiten](#) zu erfahren. Ablässe und Fegefeuer gibt es im Katholizismus nicht mehr, kann man stattdessen auf interreligiösen Veranstaltungen erfahren.

Das ist natürlich Blödsinn, weil Fegefeuer und Ablass nach wie vor im weltweit gültigen Katechismus der katholischen Kirche stehen. Für die Ökumene in Deutschland und die Modernisierungswut ist es aber praktischer, wenn das keiner weiß.

Das Elend zusammengefasst:

Wir bringen in Deutschland den irren Spagat hin, eine fette katholische Amtskirche zu füttern, die uns aber eine abgespeckte Version des Katholizismus verkauft. Den Exorzismus

beispielsweise, den jedes Bistum mit einem eigens dafür bestellten und ausgebildeten Exorzisten anzubieten hat, gibt es in Deutschland nicht mehr.

Während Deutschland mit „hochreligiösen“ Muslimen geflutet wird, ist es so gut wie unmöglich, in Deutschland „hochreligiöser“ Katholik zu sein. In Polen gibt es selbstverständlich vor jeder Messe eine Beichtgelegenheit. In Kroatien segnet der Priester jedes Stück Schmuck, bevor man es trägt. In Italien gehen 300 Exorzisten ihrer ganz normalen katholischen Tätigkeit nach. In Spanien weiß jeder Priester, was er zu tun hat, wenn man mit Salz in die Kirche kommt. Und natürlich beten in all diesen Kirchen die Menschen zu den Schutzpatronen ihres Landes. Auch das wurde hier abgeschafft.

Dieses geistige Armenhaus von katholischer Amtskirche hat aber genug Mittel und Personal, um Katholikentage wie in Leipzig abzuhalten. Stolz präsentiert man dort wichtige Politiker aller Parteien. *Fast* aller Parteien, denn natürlich bietet sich die katholische Kirche nur denjenigen als Plattform an, die als Koalitionspartner der Kirchenpartei CDU noch in Frage kommen, also alles links der CDU.

Der Kirche geht es trotz [steigender Zahlen von Kirchenaustritten](#) blendend. Man tauscht nun pro Jahr etwa 200.000 laue Deutsche gegen 1.000.000 hochreligiöse Schäfchen aus Islamien ein. Zusammen mit der Kanzlerin hat man beschlossen, sich um die Fremden zu kümmern. Koste es, was es wolle. Natürlich darf man die Fremden keinesfalls missionieren und muss sich den Betüddelungskuchen mit den Protestanten und weltlichen Organisationen teilen. Trotzdem dürfte es neben Kirchensteuer- und Konkordats-Millionen ein ordentliches Zubrot sein. Sollten die Kirchen behaupten, sie würden dies mit Eigenmitteln leisten, so muss der Kirchensteuerzahler hellhörig werden. Denn dann zahlt er über die Kirchensteuer für staatliche Aufgaben und kann den entsprechenden Steuerteil von der Kirche zur Rückzahlung einklagen. Vor laufenden Kameras wird gerne von „gesamtgesellschaftlichen

Gemeinschaftsaufgaben“ gefaselt. Die Rechtsgrundlage hierzu würde man gerne sehen. Ach so, Pardon. Wahrscheinlich ging es wieder um „Humanität“. Da muss man als anständiger Gutmensch wegen ein paar Millionen oder Milliarden nicht gleich so pingelig sein. *Sobald das Geld im Kasten klingt, die Seele in den Himmel springt!*

Das [Programm der Alternative für Deutschland](#) muss für die Kirchen ein Schock gewesen sein. Die AfD will ganz normale Landesgrenzen, die man nicht einfach mal eben illegal überqueren kann. Sie will Illegale abschieben. Radikale Moslems sowieso. Sie will, dass Europa seine Außengrenzen sichert und Flüchtlingen nahe ihrer Heimat geholfen wird. Das ist geschäftsschädigend für die Caritas.

Überhaupt kommen unsere überaus demokratischen, hilfreichen und eifrigen Amtskirchen in dem AfD-Programm nur in Nebensätzen vor: „Minarett und Muezzinruf stehen im Widerspruch zu einem toleranten Nebeneinander der Religionen, das die christlichen Kirchen in der Moderne praktizieren.“ So richtig ernst nimmt man die deutschen Amtskirchen offenbar nicht. Kein wabernder Weihrauch, keine tiefgehende Mystik, sondern eingehegtes, modernes Praktizieren. Der Eindruck nüchterner Seelsorger-Praxen kommt sicherlich nicht von ungefähr.

Der Islam scheint weniger blutleer zu sein. Die AfD attestiert ihm unter Punkt 7.6 ein gewisses Machtstreben:

Die AfD lehnt es ab, islamischen Organisationen den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zu verleihen, weil sie die rechtlichen Voraussetzungen nicht erfüllen. Islamische Organisationen erstreben den Körperschaftsstatus mit seinen Privilegien, um ihre Macht zu stärken. Voraussetzung für den Körperschaftsstatus ist eine ausreichende Repräsentanz, die Gewähr der Dauer sowie die Achtung des freiheitlichen Staatskirchenrechts. Letzteres verlangt die Anerkennung der Religionsfreiheit, der

weltanschaulichen Neutralität des Staates und der Parität der Religionen und Bekenntnisse.

Anstatt dass sich die Kirchen freuen, dass man sie endlich wie gewünscht als modern wahrnimmt und ihnen all die positiven Eigenschaften zuerkennt, über die man als Körperschaft öffentlichen Rechts (und damit Kooperationspartner des Staates) verfügen sollte, sehen sie schon ihre Pfründe schwinden. Denn sie sind es, die sich bereits weit aus dem Fenster lehnten und den unsäkularisierbaren Islam zur Bruderreligion erklärten. Ihm also jene verfassungsrechtlichen Voraussetzungen andichteten, von denen die AfD, viele intelligente Ex-Muslime und ein großer Teil der Öffentlichkeit meinen, sie würden fehlen.

Dumm gelaufen. Denn gesetzt der Fall, es würde demnächst direkte Demokratie in Deutschland geben, könnten Demokraten auf die Idee kommen, die weitere Islamisierung unseres Staates durch eine Reform des fast 100 Jahre alten Religionsverfassungsrechts zu verhindern. Als Nebeneffekt müssten sich auch die deutschen Amtskirchen zukünftig aus Almosen finanzieren. Eine almosenfinanzierte Kirche allerdings müsste den Gläubigen etwas bieten. Die Kirche müsste außerdem missionieren anstatt den Islam zu hofieren.

Da geht man lieber den bequemeren Weg und kettet sich an die Kirchenpartei CDU, die direkte Demokratie zuverlässig ablehnt und für eine Zementierung des Konkordats sorgt. Da holt man lieber die verschiedenen Islame auch an die Futtertröge, in die Schulen und Rundfunkräte. Was hat sich die Kirche früher über antichristliches Verhalten, satanische Rockmusik und okkulte Praktiken aufgeregt! Heute paktiert sie mit der antichristlichsten Religion des Planeten.

Man hätte natürlich auch längst schon Absprachen treffen können. Die Christen-AG aus der AfD zum Katholikentag einladen können. Damit sie in ihrer Partei Werbung für den Beibehalt

der Staatsverträge machen. Es gibt ja 100 gute Gründe dafür, wie zum Beispiel die Konkurrenz zwischen katholischen, evangelischen und städtischen Krankenhäusern, die eine hervorragende Gesundheitsversorgung garantiert. Oder die Konkurrenz von katholischen, evangelischen und staatlichen Schulen. Man muss ja [gar nicht laizistisch werden](#). Man kann ja über alles reden. Die Frage ist nur: wann?

Die nächste Bundestagswahl ist in anderthalb Jahren. Bis dahin wird Merkel kein einziges Problem gelöst haben. An Schäubles Steuersenkung 2018 glauben insbesondere CDU-Stammwähler nicht. Die SPD ist dermaßen grottenschlecht drauf, dass mal wieder keiner den Vize-Kanzlerkandidat spielen will. Zusammen sind die beiden Parteien seit heute unter 50 Prozent. Wen also soll man wählen?

Man braucht keinerlei prophetische Gabe: Die AfD wird mit 25 bis 30 Prozent in den Bundestag einziehen. Sollten sich die Islame in der Zwischenzeit weiter danebenbenehmen, kann es durchaus noch mehr werden. Eine weitere Massenzuwanderung von Afghanen, Arabern und Afrikanern unter die Fittiche von Diakonie und Caritas zu Lasten des deutschen Steuerzahlers bringen mindestens weitere zehn Prozent. Die AfD wird die Wählerstimmen der Christen und Atheisten schneller aufsaugen als die Kirche die weiteren zahllosen Kirchenaustritte abheften kann. Wenn irgendwo wegen Flüchtlingskosten die Grundsteuer steigt, wird bei der Kirchensteuer gespart. Wenn Merkels mit den Kirchen eingefädelter Energie-Irrsinn weiter höhere Strompreise produziert, werden als erstes die Außenbeleuchtungen der Kirchen abgestellt. So einfach ist das.

Wenn es sich die katholische Kirche leisten kann, von Almosen zu leben, kann sie natürlich gerne weiter infantil an Merkels Hosenanzug hängen und ihre politischen Moralpredigten auch weiterhin an den Hinterlassenschaften krimineller Schleuserbanden abhalten. Zukunftsweisend ist das allerdings nicht.

Es gibt keinen Abgrund zwischen der AfD und dem Christentum. Es gibt auch keinen Abgrund zwischen Christen und Atheisten. Der Abgrund besteht zwischen notorischen Lügner, Rechts- und Amteidsbrechern und der arbeitenden Bevölkerung.

Das will die AfD:

Wir setzen uns mit ganzer Kraft dafür ein, unser Land im Geist von Freiheit und Demokratie grundlegend zu erneuern und eben diesen Prinzipien wieder Geltung zu verschaffen. Wir sind offen gegenüber der Welt, wollen aber Deutsche sein und bleiben. Wir wollen die Würde des Menschen, die Familie mit Kindern, unsere abendländische christliche Kultur, unsere Sprache und Tradition in einem friedlichen, demokratischen und souveränen Nationalstaat des deutschen Volkes dauerhaft erhalten.

Welches europäische Volk möchte das nicht?

Lassen wir zum Schluss noch einmal einen Papst sprechen. Worte aus der Predigt des heiligen Papstes Johannes Paul II, die er am 2. Juni 1979 zu Pfingsten in seiner polnischen Heimat auf dem [Siegesplatz in Warschau gehalten hat](#):

(...) In diesen Aposteln und um sie sind am Pfingsttag nicht nur die Vertreter jener Völker und Sprachen versammelt, welche die Apostelgeschichte erwähnt. Schon damals waren sie von all den verschiedenen Völkern und Nationen umgeben, die durch das Licht des Evangeliums und durch die Kraft des Heiligen Geistes in den verschiedenen Epochen und Jahrhunderten zur Kirche gelangen sollten. Pfingsten ist der Geburtstag des Glaubens und der Kirche auch für unser polnisches Land. Er ist der Beginn der Verkündigung der Großtaten Gottes auch in unserer polnischen Sprache. Er ist der Beginn des Christentums auch im Leben unserer Nation: in ihrer Geschichte, ihrer Kultur, in ihren Prüfungen. (...)

Wenn es richtig ist, die Geschichte einer Nation auf Grund

der Menschen in ihr zu begreifen, dann kann man den Menschen nur in der Gemeinschaft, die seine Nation bildet, verstehen. Bekanntlich ist sie nicht die einzige Gemeinschaft. Sie ist allerdings eine besondere Gemeinschaft, wohl die am engsten mit der Familie verbundene, die wichtigste für die geistige Geschichte des Menschen. (...)

All das: die Geschichte des Vaterlandes, wie sie seit 1000 Jahren von jedem seiner Söhne und Töchter geschaffen wurde – in dieser Generation und in den zukünftigen Generationen, und sei es nur ein namenloser, unbekannter Mensch wie dieser Soldat, vor dessen Grab wir stehen...

Alles das: auch die Geschichte der Völker, die mit uns und unter uns gelebt haben, wie jene, die zu Hunderttausenden in den Mauern des Warschauer Ghettos umkamen.

Das alles umfange ich in dieser Eucharistie mit Herz und Sinn und beziehe es ein in dieses eine heiligste Opfer Christi hier auf dem Siegesplatz.

Und ich rufe, ich, ein Sohn polnischer Erde und zugleich Papst Johannes Paul II., ich rufe aus der ganzen Tiefe dieses Jahrhunderts, rufe am Vorabend des Pfingstfestes: Sende aus deinen Geist!

Sende aus deinen Geist!

Und erneuere das Angesicht der Erde!

Dieser Erde!

Amen.

Zehn Jahre später waren die Betonköpfe in ganz Europa weg und die Nationen gingen ihren selbstbestimmten Weg. Dies sollte nicht umsonst gewesen sein.

Christen sind nicht verpflichtet, denen Unterkunft zu geben,

die mit dem Geist des Antichristen zu uns kommen:

Viele Verführer sind in die Welt hinausgegangen; sie bekennen nicht, dass Jesus Christus im Fleisch gekommen ist. Das ist der Verführer und der Antichrist. Achtet auf euch, damit ihr nicht preisgebt, was wir erarbeitet haben, sondern damit ihr den vollen Lohn empfangt. Jeder, der darüber hinausgeht und nicht in der Lehre Christi bleibt, hat Gott nicht. Wer aber in der Lehre bleibt, hat den Vater und den Sohn. Wenn jemand zu euch kommt und nicht diese Lehre mitbringt, dann nehmt ihn nicht in euer Haus auf, sondern verweigert ihm den Gruß. Denn wer ihm den Gruß bietet, macht sich mitschuldig an seinen bösen Taten. (2 Joh 7ff)

Schon gar nicht lehrt die Kirche, einen verantwortungslosen Wohlfahrtsstaat aufzubauen, sei es für das eigene Volk oder für Fremde:

„Der Wohlfahrtsstaat, der direkt eingreift und die Gesellschaft ihrer Verantwortung beraubt, löst den Verlust an menschlicher Energie und das Aufblähen der Staatsapparate aus, die mehr von bürokratischer Logik als von dem Bemühen beherrscht werden, den Empfängern zu dienen. Hand in Hand damit geht eine ungeheure Ausgabensteigerung“ (Päpstliche Enzyklika „Centesimus annus“ 1991)



Islamvertrag Niedersachsen auf der Kippe



Die muslimischen

Verbände in Niedersachsen hätten es gerne, dass sie vom Land als rechtliche Vertreter ihrer „Religion“ anerkannt werden und wollten deshalb einen so genannten „Islamvertrag“ abschließen. SPD und Grüne wollten das auch und im Herbst sollten die Muslime eine ähnliche Stellung zum Land erhalten wie die christlichen Kirchen.

(Von Sarah Goldmann)

Da fiel der CDU-Opposition von Niedersachsen auf, dass sie das als Opposition ja sogar ein wenig vorsichtig in Frage stellen könnten. Das widerspricht zwar der Vorgabe der eisigen Führerin aus Berlin; auf der anderen Seite drohen aber bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen am 11. September 2016 deftige Wahlerfolge der AfD und Verluste bei den eigenen Pfründen. Alles Hetzen der großen Mutti dagegen blieb bis zuletzt wirkungslos.

Also doch Oppositionsarbeit, notfalls auch für das Grundgesetz oder die Menschenrechte. Folgende Kritikpunkte stellte die CDU (angesichts einer drohenden AfD) nun etwas spät fest, wie [„Hallo Niedersachsen“](#) am Abend berichtete (Minute 18:10):

Die Unzufriedenheit mit dem Vertrag ist bei der CDU stetig gewachsen, nun gibt es weitere Forderungen:

Auch Muslime sollen ausdrücklich ihre Religion verlassen können und sich etwa christlich taufen lassen.

Ausländische Regierungen dürften auf in Niedersachsen lebende Muslime keinen Einfluss haben und –

auch ein Bekenntnis zum deutschen Grundgesetz und den allgemeinen Menschenrechten müsse in den Vertrag. Forderungen, die einen Vertragsabschluss unwahrscheinlicher machen.

Gut, immerhin ein Anfang. Die CDU stellt fest, dass man als Verhandlungsposition durchaus eine Selbstverständlichkeit einbringen kann, die man vorher noch nicht einzufordern wagte, nämlich die Geltung unseres Grundgesetzes auch für Muslime. Das schmerzt. Genauso ein Bekenntnis zu den Menschenrechten, die nicht wie die [islamisch definierten „Menschenrechte“](#) unter dem Vorbehalt der Scharia stehen.

Ania Piel von den niedersächsischen Grünen beklagt denn auch, dass dieser „Forderungskatalog“ der CDU „ein Misstrauen atmet“. Das sei für sie „schwer verständlich“. Hanne Modder von der SPD meint, dass man sich mit solchen Forderungen aus der Verhandlung „herausstiehlt“. Man würde „jemand anders“ [den Muslimen?] einen „Schwarzen Peter“ auf den Tisch legen.

Schätzchen, euer Islam verdient jedes Misstrauen dieser Welt und er erwehrt sich aus gutem Grunde gegen diese Forderungen. Wenn ein Staatsvertrag dann nicht zustande kommt, wie ihr ihn euch naiv in euren Träumen ausgemalt habt, dann, weil sie auf die Menschenrechte und das Grundgesetz scheixxen, versteht ihr das? Die Lösung ist denkbar einfach und bedarf keiner Verhandlungen:

Kein Grundgesetz, kein Vertrag. Kein Bekenntnis zu (wahren und

damit nicht-islamischen) Menschenrechten, kein Vertrag. Keine Lust auf unsere Grundwerte? Dann ab nach Hause und tschüss. So gehen Vertragsabschlüsse mit totalitären Anmaßern. Beweint die immerhin, denn mehr könnt ihr nicht. Gewöhnt euch aber daran, dass der Souverän in Wahlen Recht und Gesetz wieder einfordern könnte. Unser Grundgesetz, und zwar für alle.

(Foto oben: Mit Unterschriften auf Absichtserklärungen von Ministerpräsident Stephan Weil und zwei Moslem-Vertretern begannen im September 2013 die Vertragsverhandlungen des Landes Niedersachsen mit Ditib und Schura über einen Staatsvertrag)

Video: Pat Condell zum Brexit-Referendum



Dalai Lama kritisiert Merkels

Flüchtlingspolitik



Erstmals hat sich der Dalai Lama mit ungewöhnlich deutlichen Worten zu Merkels Flüchtlingspolitik geäußert. Demnach hält er eine Begrenzung der Flüchtlingsströme für absolut notwendig. „Deutschland kann kein arabisches Land werden. Deutschland ist Deutschland“, sagte er gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Aus moralischer Sicht sei es für ihn vertretbar, Flüchtlinge nur vorübergehend aufzunehmen. „Die Zahl der Flüchtlinge in Deutschland ist zu hoch. Das Ziel sollte sein, dass sie wieder zurückkehren und beim Wiederaufbau ihrer eigenen Länder mithelfen“, sagte der buddhistische Mönch.



Wie man am besten mit Journalisten umgeht!



Es ist die Eitelkeit, die Politiker wie Gauland, Petry und von Storch immer wieder in die Falle laufen lassen. Kein AfD-Repräsentant hat es nötig, mit den ideologisch festgetackerten Medienvertretern zu reden. Nur die wenigsten Zeitungskunden lesen sich die Politikseiten einer Zeitung durch und diejenigen, die sich das dennoch antun, weil sie masochistisch veranlagt sind, dienen als willenlose Lemminge der gerade angesagten politischen Richtungen, die von den Verlegern und Chefredakteuren vorgegeben werden.

(Von Thomas Böhm, Foto)

Wir reden vom Jahr 2016 – dem linkesten Jahr dieses noch jungen Jahrtausends. Und da die Redakteure, Journalisten, Reporter, Kolumnisten und Volontäre alle lohnabhängige Sklaven sind und sich und ihre Familien in bester Umgebung (mit den besten Nachbarn) ernähren müssen, kennen sie nur einen Befehl:

Tötet den politischen Feind – mit Worten, vor allen Dingen mit Schlagzeilen, da die meisten Leser sowieso etwas Besseres zu tun haben, als langweilige Texte durchzulesen!

Tötet den politischen Feind – das lief unter Hitler und Stalin übrigens genau so wie jetzt unter Kaiserin Angela. In

Diktaturen und Monarchien wird die „Vierte Macht“ eben sehr gerne als Propaganda-Maschine missbraucht, schlägt die Stunde der journalistischen „Steinbeißer“ wie Franz-Josef Wagner, Heribert Prantl, Jakob Augstein und Christian Bommarius.

Glaubt nicht daran, dass diese Typen daran interessiert sind, ihre Leser mit Informationen zu füttern. Nein, sie haben nur eins im Sinn: Ihre Leser gemäß ihrem Auftrag zu manipulieren, ansonsten würden sie nicht so viel Geld verdienen und das bedeutet, dass sie mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln versuchen werden, ihren politischen Gegner in die Falle zu locken und Fangfragen zu stellen, die man sonst nur aus den Guantanamo-Verhörprotokollen kennt.

Man könnte also durchaus das bekannte Sprichwort: „Wer mit dem Teufel isst, sollte einen langen Löffel haben“ auf die journalistische Ebene ziehen und sagen: Wer mit Journalisten spricht, sollte eine Heugabel mitbringen – denn jedes Wort, der Satz, wenn er denn von der einzigen Opposition in diesem Lande kommt, wird im Sinne des Klägers umgedreht, verfälscht, verkürzt und/oder aus dem Zusammenhang gerissen und darauf gibt es eben nur eine Antwort: Die Heugabel.

(Weiter im Text bei journalistenwatch.com)



Erdogan: Keine Verhütung für Moslem-Frauen



Der türkische Präsidenten Recep Tayyip Erdogan hat moslemischen Frauen das Recht auf Empfängnisverhütung abgesprochen. Diese Art der Familienplanung käme für „keine muslimische Familie“ in Frage sagte er einem Bericht der Nachrichtenagentur Reuters zufolge auf einer Ansprache am Montag in Istanbul.

„Wir werden jenen Weg beschreiten, den mein Gott und der verehrte Prophet vorgeben“, proklamierte Erdogan vor den Zuhörern der Jugend- und Bildungstiftung Türgev. „Ich sage ganz klar: Unser Nachwuchs wird zunehmen.“ Erdogans Anhänger applaudierten und riefen: „Wir sind stolz auf dich.“

Erdogan hatte sich bereits in der Vergangenheit mehrfach zur Geburtenpolitik geäußert. Türkische Frauen sollten mindestens drei Kinder haben, hatte er einst gefordert. Der türkische Präsident, der selbst Vater zweier Töchter und zweier Söhne ist, bezeichnete Empfängnisverhütung als „Verrat“. Die Türkei verzeichnet ein starkes Bevölkerungswachstum bei derzeit schätzungsweise 79 Millionen Einwohnern.

(Artikel übernommen von der [Jungen Freiheit](#)).

Die Türkei konnte schon in der Vergangenheit nicht ihre eigene Bevölkerung in der Türkei ernähren, so dass West-Deutschland 1961 gezwungen wurde, den [türkischen Bevölkerungsüberschuss als sogenannte „Gastarbeiter“](#) aufzunehmen.

Seit einigen Jahren gibt man sich allerdings nicht mehr mit der Rolle Deutschlands als türkisches Sozialamt zufrieden. Laut einer [Statistik aus dem Jahre 2012](#) sind fast 25 Prozent der in Deutschland lebenden Türken auf Hartz IV angewiesen. Erdogan spricht ganz offen davon, [„den Islam siegreich nach Westen zu tragen“](#). Um dieses Ziel zu erreichen, führt Erdogan aktuell mittels der [„Migrationswaffe“](#) einen Krieg gegen Europa und insbesondere Deutschland.



Woelki lässt Schlepperboot im Dom aufbahren

✘ Es ist vollbracht – der Kölner Dom wird zur Heidenkultstätte, wo man den Invasoren huldigen kann. Das Menschen-Schlepperboot – Sinnbild für die Bretter, die ein schönes Leben bedeuten -, das Kölns Kardinal Woelki zu [Fronleichnam vor dem Dom als Gabentisch](#) des Herrn inszeniert hatte, steht nun, einer Reliquie gleich, [den Gläubigen zur Andacht aufgestellt](#) da, wo sonst die Weihnachtskrippe ihren

Platz hat. Wellness-Woelki hatte in seiner „Boot-Predigt“ gesagt: „Ich bin überzeugt, heute säße Jesus in dem Flüchtlingsboot.“ Nein, Jesus wäre [von den Moslems über Bord geworfen](#) worden, wie unzählige Christen vielleicht sogar aus diesem Boot, das nun ein Verräter an der eigenen Glaubensgemeinschaft derselben als goldenes Kalb darbietet, um sie ins Verderben zu führen. (lsg)

» info@erzbistum-koeln.de



Neues Opfermotiv für die Schuldkultribreiter

☒ Wir [erinnern uns an Aylan Kurdi](#), den dreijährigen syrischen Jungen, der an der türkischen Küste angespült und darauffolgend am Strand für eine unvergleichliche Proasyl-Lügenkampagne zurechtgelegt worden war. Die Bilder gingen um die Welt, sollten uns schuldig sprechen und gleichzeitig zum unkontrollierten Import des Elends der ganzen Welt verurteilen. Bewusst ausgeblendet wurde, dass der Vater selbst der Schlepper gewesen war, der das Leben seiner Kinder aufs Spiel gesetzt hatte, weil er sich in Europa gratis die [Zähne richten lassen wollte](#). Lange sollte damals vertuscht werden, dass es ein gestelltes und manipulatives Foto war. Nun gibt es ein neues Foto, diesmal allerdings zählt man schon auf die hündische Schuldkultergebenheit Europas, besonders

Deutschlands, und betreibt die Volksverblödung gleich ganz offen. Ein im Mittelmeer ertrunkenes Baby wird ohne Scham, zugunsten des Asylirrsinns, instrumentalisiert und in Szene gesetzt.

(Von L.S.Gabriel)

Die anscheinend im rechtlichen Niemandsland agierende linke Schleppertruppe „Sea-Watch“, die offiziell auf dem Mittelmeer in Seenot Geratene „rettet“, braucht wohl wieder Spendengelder und man will erneut den Druck erhöhen, bald schon die halbe Welt nach Europa, vorzugsweise Germoney, zu holen. Die linken Schlepper „retten“ natürlich ausnahmslos in Richtung europäisches Festland, egal wie nahe an der afrikanischen Küste sie die „Reisenden“ aufnehmen.

Dieser Tage fischten die Invasionsunterstützer ein ertrunkenes Baby aus dem Wasser. Das ist nicht schön, aber noch viel unschöner ist was diese denkunbegabten linken Ideologen, mit tatkräftiger Unterstützung unserer Lynchpresse, daraus machen.

N24 dient als einer der willigen [Schuldkultbeförderer und berichtet](#):

Das Foto weckt traurige Erinnerungen. Die deutsche Seenotrettung Sea Watch hat ein Bild eines im Mittelmeer ertrunkenen Babys veröffentlicht. Die Organisation will damit eine Botschaft vermitteln.

Der starke, bärtige Mann hält ein kleines Baby in seinen Armen. Das Kind ist tot, ertrunken im Mittelmeer. Jede Hilfe kam zu spät.

Der Mann, ein Mitarbeiter der privaten deutschen Seenotrettung Sea Watch barg den leblosen Körper aus dem Wasser. Er habe das Baby in den Armen gehalten und angefangen zu singen, erklärte er in einem E-Mail-Statement der Organisation. Um sich selbst zu trösten.

„Sechs Stunden zuvor lebte das Kind noch. Nun schien die Sonne in seine freundlichen aber leblosen Augen“, schreibt er. Der Säugling war nach Informationen der Nachrichtenagentur Reuters am Donnerstag gemeinsam mit Hunderten Flüchtlingen auf einem Boot von Libyen nach Italien unterwegs. Mindestens 700 Migranten starben in der vergangenen Woche alleine auf dieser Route, wie das UN-Flüchtlingskommissariat berichtet. 8000 Menschen ertranken seit Anfang 2014 insgesamt im Mittelmeer.

Sea Watch veröffentlichte das Bild, um auf die Notlage der Flüchtlinge auf dem Seeweg hinzuweisen. Die Organisation fordert eine sichere, legale Fluchtroute: „Wenn wir solche Bilder nicht mehr sehen wollen, müssen wir dafür sorgen, dass es sie nicht mehr gibt.“

Ein ähnlich dramaturgisch aufbereiteter Artikel erschien [in der WeLT](#).

Nein, nicht „wir“, die angeblich ignorante deutsche, bzw. europäische Gesellschaft lässt sich hier etwas zuschulden kommen. Wahrlich menschenverachtend sind die Sea Watch-Schlepper und Medien, die dieses miese Schauspiel mitinszenieren.

Sie sind es, die sich sogar in doppelter Hinsicht schuldig machen, indem sie einerseits das tote Baby für ihre durchschaubare Propaganda missbrauchen und andererseits in unverantwortlicher Weise, mit widerwärtigen Mitteln versuchen Stimmung zu machen, gegen das eigene Volk, ihre eigene Heimat, ohne deren Bestehen diese Idioten niemals in der Lage wären zu tun was sie tun.

Es ist ein grausames Spiel selbstverliebter Bessermenschen, die sich dreist am Leid und am Untergang anderer als selbsternannte Helden über alle anderen erhöhen.



„Rassismus“-Vorwurf: Jetzt redet Gauland!



Der derzeit stark im

medialen Fokus stehende AfD-Vize Alexander Gauland hat sich jetzt erstmals ausführlich zu den Vorwürfen gegen ihn geäußert. In einer Rundmail an die Parteimitglieder erhebt er schwere Vorwürfe gegen die FAS-Journalisten. Wir veröffentlichen den Text der Rundmail unkommentiert im Wortlaut:

Liebe Parteifreunde,

die letzten Tage haben erhebliche Aufregungen gebracht – nicht nur für mich, sondern auch für die Partei. Deshalb hier eine kurze Schilderung des Sachverhalts:

Ich hatte vorige Woche ein als vertraulich klassifiziertes Hintergrundgespräch mit zwei FAZ-Redakteuren. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die Islam-Thematik sowie der ungebremsste Zustrom raum- und kulturfremder Menschen nach Deutschland und wie sich dieser Zustrom auf das Heimatgefühl vieler Menschen auswirkt. Ich kann heute nicht mehr sagen, wer zuerst den Namen Boateng in den Mund genommen hat – ich bilde mir ein, es war einer der beiden FAZ-Redakteure, da mir der Name wie auch der Fußballsport weitgehend fremd sind. Dabei mag das Zitat von der Nachbarschaft gefallen sein. Ich habe dem keine Bedeutung beigemessen, da das Gespräch nicht zur Veröffentlichung bestimmt war. Leider haben die Journalisten sich nicht an die Abmachungen gehalten, mir aber auch nicht irgendwelche Zitate zur Autorisierung vorgelegt. Zudem hat ein dritter mir wohlbekannter Redakteur der FAS die Überschrift: „Gauland beleidigt Boateng“ gewählt, die durch keinen Satz im Text gedeckt ist. Ich habe an keiner Stelle ein Werturteil über Jérôme Boateng abgegeben, den ich bis dato gar nicht kannte.

Erst durch diese Überschrift haben die ansonsten richtigen Aussagen den Dreh ins Fremdenfeindliche, Rassistische bekommen. Dabei ging es mir nur um eine Beschreibung von Gefühlen, die wir alle überall in unserer Nachbarschaft wahrnehmen und die sich nicht dadurch vermindern, dass wir sie heuchlerisch nicht zur Kenntnis nehmen. Streng genommen habe ich nicht Herrn Boateng beleidigt, sondern diejenigen, die vielleicht nicht in seiner Nachbarschaft leben wollen, wenn er nicht ein berühmter Fußballstar wäre.

Doch mit einer solchen Differenzierung kommt man bei einem Medienhype nicht mehr durch. Ich bedauere, dass der Partei objektiv durch den Bruch aller Regeln ein Schaden entstanden ist und kann mich nur bemühen, diesen Schaden durch Nachfolgegespräche möglichst klein zu halten.

Ihr



INSA-Umfrage: Groko erstmals unter 50 Prozent



Die Parteien der Großen Koalition im Bund haben so wenig Zustimmung wie nie zuvor und sinken in der Wählergunst erstmals unter die Marke von 50 Prozent. Das berichtet „Bild“ (Dienstag) unter Berufung auf den neuen INSA-Meinungstrend.

Wäre am Sonntag Bundestagswahl, kämen CDU/CSU demnach nur noch auf 30 Prozent der Stimmen. Das wäre ein halber Punkt weniger als in der Vorwoche, schreibt „Bild“. Die SPD verliert ebenfalls einen halben Punkt und kommt nur noch auf 19 Prozent. Auch die Linke (9,5 Prozent) muss im Vergleich zur Vorwoche einen halben Punkt abgeben.

Dagegen gewinnt die FDP einen Punkt auf acht hinzu. Grüne und AfD halten mit 13 Prozent und 15 Prozent ihre Ergebnisse der Vorwoche. INSA-Chef Hermann Binkert sagte gegenüber „Bild“: „Weder die Kabinettsklausur noch das G7-Treffen helfen der Koalition diesmal aus dem Stimmungstief. Früher stärkten wichtige außenpolitische Termine die Regierung, derzeit zeigt das keine Wirkung mehr.“

Für den INSA-Meinungstrend im Auftrag von „Bild“ wurden vom 25. bis zum 30. Mai 2016 insgesamt 2.053 Wahlberechtigte befragt.

(Quelle: [MMnews](#))



Taharrush in Darmstadt: 18 Frauen begrapscht



Nach den sexuellen Belästigungen während des Schlossgrabenfestes in der Nacht zum Sonntag haben sich bislang weitere fünfzehn Geschädigte bei

der Kriminalpolizei in Darmstadt gemeldet, überwiegend Frauen in jungendlichem Alter. Drei weitere Geschädigte hatten sich schon während des Festivals unmittelbar an die dort eingesetzten Polizeibeamten gewandt, die daraufhin drei tatverdächtige pakistanische Asylbewerber festnehmen konnten. Nach den bisherigen Aussagen der Geschädigten gab es die unsittlichen Berührungen mit sexueller Absicht überwiegend in der Nacht zum Sonntag im Bereich des gut gefüllten HR-Areals. Dabei sollen die Täter in Kleingruppen vorgegangen, die Frauen umzingelt und unsittlich angefasst haben. Die Frauen gaben an, dass es sich nach ihrem Eindruck um Männer aus dem südasiatischen Raum gehandelt habe. Die Ermittlungen dauern weiter an. Geschädigte und Zeugen können sich weiterhin unter der Rufnummer 06151/969 0 an das Kommissariat 10 wenden. (Quelle: [Polizeibericht](#), auch der [Spiegel](#) berichtet. Köln ist überall!)



Ein DLRG-Einsatz in der Lügenpresse



Rettungsschwimmer der DLRG mussten am letzten Freitag in der Nähe von Bremen an einem Badeseen ausrücken, weil ein iranischer „Flüchtling“ seine Kräfte überschätzt hatte und auf dem Wege zu einer Badeinsel untergegangen war.

[Radio Bremen](#) berichtet:

Ein 23-jähriger Flüchtling aus dem Iran ist am Freitag beim Baden im Achterdieksee in Bremen-Oberneuland ertrunken. Nach Angaben der Polizei konnte der junge Mann nicht besonders gut schwimmen. Auf dem Weg zu einer Badeinsel im See ging der Mann plötzlich unter.

Rettungsschwimmer fanden ihn in fünf Metern Tiefe. Ein Notarzt konnte nur noch den Tod feststellen. Im vergangenen Jahr sind bundesweit 27 Flüchtlinge in Badeseen umgekommen.

Radio Bremen berichtet nicht:

Zu einem traurigen Todesfall kam es gestern am Achterdieksee. Unser Beileid sprechen wir den Angehörigen aus. Erschüttert sind wir vom Verhalten der Passanten gegenüber den ehrenamtlichen DLRG-Helfern. [...]

Zunächst war aufgrund der nur sehr rudimentären Deutschkenntnisse der Menschen kaum zu ergründen was genau vorgefallen ist. Aus der äußerst unklaren Lage ergab sich für unsere Rettungsschwimmer, dass ein Freund der Gruppe auf dem

Weg zur Badeinsel im See unvermittelt untergetaucht und nicht wieder aufgetaucht ist. Umgehend wurde bei der Feuerwehr Verstärkung angefordert und DLRG-Rettungsschwimmer begannen mit der Suche der vermissten Person. Diese konnte trotz unkonkreter Ortsangabe nach knapp zehn Minuten auf 5-6 Metern Wassertiefe im trüben Wasser ertastet werden. Ein DLRG-Rettungsschwimmer brachte die Person an die Wasseroberfläche und mittlerweile eingetroffene Einsatztaucher der Feuerwehr brachten den leblosen Körper zur Reanimation an das Ufer. Die Person verstarb trotz bestmöglicher professioneller Hilfe noch am Einsatzort.

Neben diesem ohnehin dramatischen Vorfall, der auch die beteiligten Retter emotional belastet, meldeten sich vor Ort Passanten zu Wort, die den Rettern nicht nur „gute Tipps“ für künftige Rettungen gaben, sondern im Einzelfall unsere Kameraden auch angingen.

Dass dies weder Wertschätzung der ehrenamtlichen Arbeit der DLRG, noch Mitgefühl für die unter hohem Stress arbeitenden Rettungskräfte dokumentiert, wird wohl niemand in Abrede stellen.

Das berichten die [Mitglieder der DLRG](#) des Landesverbandes Bremen selbst auf Ihrer Facebookseite. Schön wäre es, wenn Radio Bremen auch einmal über diese Aspekte informieren und den selbstlosen Einsatzkräften der DLRG damit den Rücken stärken würde. Aber vielleicht stört es sie ja, dass dort kein Flüchtling unter den Rettern war, den man hätte feiern können. Motto: „Es gibt nichts Gutes, außer ein Flüchtling tut es.“